

Aufbruch im Äther

«Kultur selber machen» lautete das Motto: Mit illegalen Sendern wehrten sich Radiopiraten in den 1970er und frühen 1980er Jahren gegen das Rundfunkmonopol der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft.

Von Anne-Christine Schindler





Bild: Fotograf unbekannt. Museum für Kommunikation, FFF_11921

Wer dem alten Brauch glaubte, stellte sich an diesem Frühlingsabend 1978 auf einen heissen Sommer ein. Bloss zwölf Minuten lang ritten die Zürcher Zunftherren um den brennenden Scheiterhaufen, ehe der mit Knallkörpern gefüllten Schneemannsfigur, dem Böögg, der Kopf zersprang. Wer in diesem Moment vor dem Radio sass und den Frequenzwahlknopf über 100 Megahertz drehte, hörte die raue Stimme des deutschen Sängers Rio Reiser. Radio Schwarz Chatz, ein illegaler Piratensender, verbreitete sein Programm auf UKW und bot einen Kontrast zur Geräuschkulisse der bürgerlichen Stadt: Rio Reiser sang hier mit seiner Politrockband «Ton Steine Scherben» gegen den Sechseläutenmarsch.

Radio Schwarz Chatz ging am Sechseläuten 1978 zum ersten Mal «on air». Die Sendung hatten die Piratinnen und Piraten von Jugendlichen gestalten lassen, die im Jugendhaus Schindlergut aktiv waren. Das «Schigu» war damals einer der wenigen sozialen und kulturellen Freiräume in Zürich; Kulturgelder flossen hier vorwiegend in die grossen Kulturinstitutionen.

Aber nicht nur in der Stadt, auch im Äther fehlte es damals an alternativen kulturellen Angeboten. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) besass als einzige Rundfunkanstalt im Land eine Programmkonzession – und damit das Monopol auf die Massenmedien Fernsehen und Radio. Als öffentlichrechtliche Anstalt setzte sie Themenschwerpunkte, sendete Musikprogramme, übertrug Gottesdienste, produzierte Hörspiele und prägte so das kulturelle Leben der Schweiz mit.

Jahrzehntelang blieb dieses Modell unhinterfragt. Doch in den 1970er Jahren kam von verschiedenen Seiten Kritik auf. Von rechts warf man der SRG Linkslastigkeit vor, während man

Peilwagen der PTT: Mit ihm konnte man die Empfangsqualität an einem Ort messen, aber auch Schwarzsender orten und stören. Nähe Bern, im Hintergrund der Sendeturm auf dem Bantiger, 1973.

von links strukturelle Reformen innerhalb des Monopolbetriebs forderte. Auch waren immer mehr Hörerinnen und Hörer unzufrieden mit den Radioprogrammen der SRG, wichen auf die Pop- und Rocksender aus den Nachbarländern aus, die sie empfangen konnten. Man hinterfragte das SRG-Monopol und forderte eine Öffnung des Rundfunks für private Anbieter.

Beim Bund gingen damals die ersten Konzessionsgesuche von privater Seite ein. Zeitgleich machte die Erfindung des Mikrochips den Bau von UKW-Sendern für Privatpersonen erschwinglich. Wer also über das notwendige technische Wissen verfügte, konnte mit überschaubarem Aufwand eigene Radioprogramme verbreiten. In Zürich und Genf tauchten Mitte der 1970er Jahre die ersten Piratensender auf, die mit selbstgebastelten oder aus Italien importierten UKW-Sendern auf Sendung gingen. Im Frequenzbereich über 100 Megahertz, der offiziell für Kriegszwecke freigehalten wurde, fanden sie einen leeren Raum vor, den sie beliebig bespielen konnten. So kam Bewegung in die Rundfunklandschaft.

Medienpolitisch markierte diese Zeit, wie es der Historiker Thomas Schneider formuliert, eine «Phase der Orientierungskrise». Das Sendemonopol der SRG stand auf tönernen Füßen, denn das Rundfunkwesen war in der Schweiz verfassungsrechtlich nicht geregelt. 1976 scheiterte ein entsprechender Verfassungsartikel vor Volk und Ständen, was in den Kommentarspalten der Tageszeitungen vor allem der «zunehmenden Skepsis gegen neue staatliche Vorschriften» zugeschrieben wurde. Vor diesem Hintergrund begann die Suche nach einer neuen Rundfunkordnung. Anders als heute stand die Existenzberechtigung der gebührenfinanzierten SRG damals nicht zur Diskussion. Dennoch standen grosse Fragen im Raum: Wie viel mediale Vielfalt braucht eine Demokratie? Wer soll diese Vielfalt garantieren – der Staat oder der Markt? Wer hat ein Recht auf die Verbreitung von politischen Inhalten? Und wem gehört die Kultur?

Die Antworten der Piratinnen und Piraten auf diese Fragen hörten sich mitunter sehr verschieden an. Manche der Sender, die damals ent-

standen, kamen wie Radio Schwarz Chatz aus dem linksalternativen Milieu, andere aus dem Umfeld der Frauenbewegung, wieder andere nutzten das Medium für die Verbreitung von antikommunistischen Tiraden. Viele verstanden sich selbst als unpolitisch, störten sich aber, wie sich ein ehemaliger Pirat erinnert, am «Gejodel und Gebät» des Schweizer Radios und sendeten vorwiegend Musik. Dennoch hatten diese Sender, so verschieden sie auch klangen, eine grosse Gemeinsamkeit: Die Piratinnen und Piraten fühlten sich von den Programmen der SRG nicht repräsentiert und wollten mit ihren eigenen politischen und musikalischen Inhalten das Monopol brechen. Damit stiessen sie auf Resonanz. Jugendliche fingen an, Sonntagabende vor ihren Radiogeräten zu verbringen, begeistert von den illegalen Sendern, die eine frische, freche Alternative boten zum biedereren Radio DRS. Schnell wurde auch die Presse aufmerksam. Die Piratensender, berichtete im Juni 1977 die NZZ, genossen «in der Bevölkerung aus verständlichen Gründen grosse Sympathie».

Mit einem Verbot nahm die Radiopiraterie schliesslich richtig Fahrt auf: Im Juli 1977 untersagte der Bund den privaten drahtlosen Rundfunk per Verordnung. Nachdem im Jahr zuvor ein Verfassungsartikel gescheitert war, stand die Rundfunkpolitik vor einem Scherbenhaufen – die Kabelrundfunkverordnung (KRFVO) war die Antwort darauf. In gewissem Sinn war sie eine Notlösung: Das in der Verordnung festgeschriebene UKW-Verbot sollte verhindern, dass die immer zahlreicheren Piratensender und private Konzessionsgesuchsteller Fakten schufen, ehe man sich auf eine neue verfassungsrechtliche Grundlage für das Rundfunkwesen geeinigt hatte. Gerade weil sie den Weg zu einer legalen

25. September 1981 im Autonomen Jugendzentrum an der Zürcher Limmatstrasse: Aktivisten sind hier eine Woche lang illegal auf Sendung. Die PTT bekämpfen sie mit einem Störsender. Ihr Name LoRa wird später vom Alternativen Lokalradio Zürich übernommen.



UKW-Konzession versperrte, bescherte sie der Piratenszene allerdings einen kräftigen Zuwachs. Auch Radio Schwarz Chatz entstand nach Inkrafttreten der KRFVO. In einem Flugblatt deklarierte es sich noch vor der Ausstrahlung seiner Sechseläuten-Sendung als «einer der Sender», die am Rundfunkmonopol «kratzen».

Aus Sicht der Piratinnen und Piraten untermauerte die restriktiv angelegte Kabelrundfunkverordnung monopolistische Tendenzen im Medienbereich, die linke Kritikerinnen und Kritiker schon seit Jahren beklagten. Die Schweizer Presselandschaft hatte seit Mitte der 1960er Jahre einen Konzentrationsprozess durchlaufen: Kleinere Publikationen gingen ein, und durch Fusionen entstanden regionale Pressemonopole. Vom sogenannten Zeitungssterben profitierten vor allem die grossen Medienkonzerne. Der Publizist Max Schmid beklagte deshalb ein «Missverhältnis in der gepriesenen Vielfalt». Aus linker Perspektive krankte diese Vielfalt zusätzlich daran, dass die grosse Mehrheit der Presseorgane bürgerlich orientiert war. Besonders schmerzhaft zeigte sich das gegen

Mitte der 1970er Jahre, als mit der *Alternativen Zeitung* (AZ) eine wichtige linke Publikation einging – eine Lücke, die neue linke Medienprojekte zu füllen versuchten.

So entstand im Frühling 1977 das Alternati-ve Lokalradio (ALR): ein medienpolitischer Verein, der ein unkommerzielles, einfach zugängliches Hörerinnenradio plante und bald ein entsprechendes Konzessionsgesuch stellte. Es scheiterte an der just zu dieser Zeit erlassenen Kabelrundfunkverordnung. Weil das ALR davon ausging, dass nach deren Ablauf Anfang der 1980er Jahre Konzessionen vergeben würden, liess es sich als Stiftung ins Handelsregister eintragen und setzte seine Arbeit auf institutioneller Ebene fort. Dafür wurde es von Radio Schwarz Chatz kritisiert. Die Chancen des ALR auf eine Konzession, sagte Ende 1978 einer der Piraten auf Sendung, stünden «in ferner Zukunft» wohl nicht schlecht – aber das stütze «unsere Bewegung und unsere Kämpfe hier nicht». Während das ALR noch in der Spielecke verweile, wolle man selbst Fakten schaffen: «Sie sändeled, und mir sänded.»



Im billigen und mobilen UKW-Radio, das ohne aufwändige Sendeanlagen auskam und von überall her produziert werden konnte, sahen die Piratinnen und Piraten ein grosses demokratisches Potential. So erklärte sich Radio Schwarzzi Chatz zum Sender «für alle, die im Staatsradio nichts sagen dürfen, weil sie als zu wenig wichtig angesehen werden oder weil sie keine Interessenvertreter hinter sich haben». Seine Sendungen hören sich an wie ein Streifzug durch das alternative Milieu, in dem sich die Piraten bewegten. Sie drehten sich, oft in Form von Gesprächen, um Gastkollektive oder linken Fussball, um Homo- und Heterosexualität, um das Verhältnis von Kirche und Staat, um Punk, Strassenmusik, Hausbesetzungen, genossenschaftliches Wohnen, um Repression und Kindermedien.

Die thematische Bandbreite ergab sich aus dem Selbstverständnis der Piratinnen und Piraten: Sie verstanden sich als «Infrastruktur», als Plattform für gegenkulturelle Anliegen. Um dieses Selbstverständnis theoretisch zu begründen, bezogen sie sich auf eine vielzitierte und von linken Piraten in ganz Europa breit rezipierte Stelle

aus Bertolt Brechts Radiotheorie, in der Brecht fordert, «den Hörer als Lieferanten» zu organisieren. Radio Schwarzzi Chatz rief seine Hörerinnen und Hörer etwa dazu auf, eigene Beiträge auf Kassette aufzunehmen und diese dann den Piratinnen und Piraten zu übermitteln. So entstand auch die Sechseläuten-Sendung von den Jugendlichen im Schindlergut.

Dieses Selbstverständnis bedingte eine gewisse Offenheit. Radio Schwarzzi Chatz war nicht nur inhaltlich, sondern auch personell divers aufgestellt. Die Altersspanne bewegte sich zwischen zwanzig und fünfzig Jahren; manche der Piratinnen und Piraten waren in der Anti-Atomkraft-Bewegung politisiert worden, es waren aber auch «standhafte Gewerkschafter» und «progressive Sozialdemokraten» dabei. So formuliert es ein ehemaliger Pirat – wir nennen ihn hier Peter –, der selbst, wie er sagt, «eher aus der anarchistischen Ecke» kam.

Auch die Einstellungen zur Illegalität gingen auseinander. Manche sahen sie angesichts der Kabelrundfunkverordnung als notwendiges, vorübergehendes Übel und strebten, wie das Alter-

native Lokalradio, längerfristig eine Konzession an. Andere wollten an der uneingeschränkten Rede-, Programm- und Aktionsfreiheit festhalten, welche die Illegalität ihnen ermöglichte. Während etwa Peter, der als Zwanzigjähriger zur Schwarzen Chatz stiess, näher an der «illegal, scheissegal»-Haltung der späteren Jugendbewegung war, nahmen vor allem die älteren Piratinnen und Piraten, die aus traditionellen, organisierten linken Kreisen kamen, die Illegalität als kalkuliertes Risiko auf sich. «Wir sind schon sehr verschieden», reflektierte die Gruppe im Sommer 1980 ihre Sendetätigkeit, «aber alle sind wir bereit, in der Illegalität zu arbeiten.»

Im Lauf der Zeit begannen sich das Selbstverständnis und die Sendepraktiken von Radio Schwarzi Chatz zu ändern – auch auf Druck von aussen. Die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafnenbetriebe (PTT), die als Verwalter des Funkraums für die Bestrafung von Schwarzsendern zuständig waren, verfolgten die Piratinnen und Piraten mit grossem Aufwand. Schwarzsender in freiem Gelände orteten die PTT mithilfe von Funkpeilgeräten. Weil Radio Schwarzi Chatz aber aus Wohngemeinschaften und Dachstöcken sendete und das Peilen auf Stadtgebiet schwierig war, verlegte sich die staatliche Behörde zunehmend aufs Stören. Sie installierte, wie sich Peter erinnert, mehrere teilweise automatisierte Störsender, mit denen sie die Funksignale der Piratensender innert Sekunden mit einem Rauschen überlagern konnte. Damit bewegte sie sich in einer Grauzone, denn zum Aussenden der Störsignale auf den Frequenzen, die die Piratinnen und Piraten besetzten, hätten die PTT selbst eine Konzession gebraucht, die sie nicht besaßen.

Bald störten die PTT die Sendungen von Radio Schwarzi Chatz so massiv, dass es seine regel-

mässigen sonntagabendlichen Sendungen aufgab. Darüber berichtete einer der Piraten dem Westschweizer Fernsehmagazin *Tell Quel*, das im September 1979 eine halbstündige Reportage über die Radiopiraterie in der Schweiz ausstrahlte. Er sehe den Staat zunehmend in eine «techno-totalitäre Richtung» abgleiten, sagte er in die Kamera. Dieser Tendenz durch die illegale Aneignung von Technologie zu begegnen, verstanden die Piratinnen und Piraten als «Protest gegen den Staat». Ihr Motto «Subversiv und intensiv», das die Schwarzi Chatz seit Sendebeginn auf Flugblätter und Kleber gedruckt und als Erkennungsmelodie in ihre Sendungen aufgenommen hatte, sei zunächst nicht mehr als ein Slogan gewesen. Nun aber, erklärte der bärtige Pirat, wollten sie es als Ausdruck einer Staatskritik verstanden wissen.

In dieser Staatskritik wird ein «Unbehagen in der Kultur» spürbar, das der Historiker Jakob Tanner in einem 1983 publizierten Essay als Zeitzeuge beschrieb. Die Kultur, stellte Tanner damals fest, stehe im Zeichen «bürokratischer Zentralisation», «unüberschaubarer Grossorganisation» und «technokratischer Sachzwänge». Tatsächlich gab es im biedereren Zürich der 1970er Jahre mehr Raum für Büros als für die Läden, Beizen und WGs des Alternativmilieus. Gleichzeitig sahen sich viele Linke angesichts der ausufernden staatschützerischen Tätigkeit der Behörden, deren Ausmass Jahre später im Rahmen der sogenannten Fichenaffäre bekannt wurde, mit einer staatlichen Repression konfrontiert, die ihre Handlungsspielräume einschränkte. Dass diese Umstände mitunter lähmend waren, ist in den erhaltenen Sendungen von Radio Schwarzi Chatz gut hörbar. «Warum sagt man dauernd, da ist ein grosser Eisberg, und der wird immer grösser, und das Klima ist frostig», fragte einer der Piraten etwa in einer Sendung zum Thema Repression, «und warum sagt man nicht: «Was machen wir jetzt?»»

Zu dieser Zeit begann es in Zürich zu brodeln. Zunächst waren es die Jugendlichen des «Schingu», die sich auflehnten. Bald nach der Sechsläuten-Sendung von Radio Schwarzi Chatz besetzten sie das Jugendzentrum, dem die Schlies-

Werbung in eigener Sache:
Der Piratensender Radio Banana sendete ab Dezember 1979 im Bereich von 104 Megahertz. Das konzessionierte Radio nutzte lange nur den Bereich von 87,5 bis 100 Megahertz – es blieb ein Frequenzbandbereich zum Kapern.

sung drohte. Im «Schigu», stellte der Soziologe Hans-Peter Kriesi wenige Jahre später fest, sei eine «neue anarchistische Protestjugend» geboren worden, deren Protest kein «im engen Sinne politischer» gewesen sei, sondern «ein kultureller, der sich auf die aufgezwungenen Lebensformen ganz allgemein bezog». Auch die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz erkannten, dass im «Schigu» etwas in Bewegung kam – und dass der Musik in diesem Kontext eine wichtige Rolle zukam, die sie aber noch nicht richtig einordnen konnten. In einer Sendung kündeten sie deshalb an, sich näher mit dem Thema «Pönk» auseinanderzusetzen.

Der Musikkritiker Benedetto Vigne beschreibt die damalige Zürcher Punkszene als «Seismograf», der die Zürcher Jugendunruhen musikalisch vorweggenommen habe. Tatsächlich lässt sich von den Punkfans im «Schigu» eine direkte Linie zu den Unruhen ziehen. Aus dem «Schigu»-Umfeld ging die Gruppe «Rock als Revolte» hervor: Mit Unterstützung der Schwarzen Chatz rief sie dazu auf, die Konzerte kommerzieller Veranstalter zu stürmen. Viele Jugendliche, die bislang unpolitisch gewesen seien, sich aber für die Musik begeistert hätten, seien über diese Konzertstürmungen «neu in die «Scene» gekommen, beobachtete der Soziologe Kriesi. Das Mobilisierungspotential von Musik zeigte sich auch im Dezember 1979 an der grossen Demonstration gegen die Schliessung des illegalen Radio 24, das mit einem potenten UKW-Sender aus Italien nach Zürich sendete – und das dessen Betreiber Roger Schawinski damals noch geschickt als Anti-Establishment inszenierte.

Die Gruppe «Rock als Revolte» war eine wichtige mobilisierende Kraft in der Szene. Im selben Jahr, in dem Radio 24 auf Sendung ging, gründeten einige ihrer Mitglieder unter dem Namen Banana ein eigenes Piratenradio. Im Mai 1980 lud Radio Banana auf Sendung zu einem «unvergesslichen Opernabend». Gut zweihundert junge Zürcherinnen und Zürcher folgten dem Aufruf und versammelten sich in der Innenstadt, um anlässlich einer Abstimmung zu einem 60-Millionen-Kredit für das Zürcher Opernhaus gegen die aus ihrer Sicht ungerechte Verteilung städtischer

Kulturgelder zu demonstrieren. Zu ihnen sties- sen Hunderte weitere, die nach einem Bob-Marley-Konzert Richtung Opernhaus strömten. Als die Polizei in Kampfmontur dazwischenging, wuchs sich die Demonstration zu einer Strassenschlacht aus, die als Opernhauskrawall in die Geschichte einging.

Mit dem Opernhauskrawall begannen die Zürcher Jugendunruhen, und mit den Unruhen veränderte sich auch der Charakter der Radiopiraterie. Die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz gaben das Senden auf, um den jungen Bewegten Platz zu machen, denen sie ihr technisches Wissen und ihre Sendeanlagen zur Verfügung stellten. Die neuen Sender, die auf diese Weise entstanden, klangen ganz anders als die Schwarzi Chatz. Der ehemalige Pirat Peter beschreibt ihren Sound als «Anarcho-Polit-Style»: Statt mit sorgfältig aufbereiteten Inhalten kämpften sie mit dadaistischem Nonsense, Reggae und Punk gegen die akustische Monokultur der SRG und die konservative Kulturpolitik der Stadt.

Piratinnen und Piraten begannen ihre Sender auch taktisch zu nutzen, indem sie beispielsweise das in Zürich schwache UKW-Signal von Radio 24 für kurze Ankündigungen überlagerten. So liessen sich kurzfristig und mit wenig Aufwand viele Menschen erreichen. Während Demonstrationen hörten in Dachstöcken versteckte Bewegte mithilfe von Funkscannern den Polizeifunk ab und verbreiteten unter ständig wechselnden Namen wie «Radio Packeis» die Informationen weiter, an die sie gelangten. Etwa: «Radio Packeis – Limmatbrücke – Tränengas – chömed go hälfe!» Die Presse verbreitete diese Meldungen weiter; so begann sich die öffentliche Wahrnehmung der Piratensender zu verändern. Die SVP bezeichnete Sender wie Radio Packeis

Jenseits der Grenze: Radio 24 sendete aus Como in Italien. Gegen eine geplante Stilllegung der Sendeanlagen demonstrieren am 26. Januar 1980 auf dem Zürcher Bürkliplatz rund dreitausend Personen. Live am Mikrofon dabei: Radiogründer Roger Schawinski.



in einem Communiqué als «eigentliche Kriegssender», und auch die NZZ stellte fest, dass die Radiopiraterie mit den Jugendkrawallen «eine sehr bedenkliche Dimension» angenommen habe, ja dass «die Wende zur kriminellen Agitation» vollzogen worden sei.

Diese neue Aussenwahrnehmung veränderte wiederum die Piratenszene. In den Anfangsjahren der Zürcher Radiopiraterie hatten illegale Muskradios, die sich mehrheitlich als unpolitisch verstanden, und linke Politradios wie die Schwarzzi Chatz punktuell zusammengespant. Es sind Frequenzabsprachen dokumentiert, einmal gab es gar eine gemeinsame Sendung zum Thema Illegalität. Das war nach dem Opernhauskrawall endgültig vorbei. Um sich von den linken Piratenradios abzugrenzen, begannen sich die Musiksender nun als «Privatsender» zu bezeichnen. Ende 1980 entstand mit Free Radio Switzerland (FRCH) ein medienpolitischer Verein, der sich als «Dachorganisation» dieser Privatsender verstand. Er setzte sich auf institutioneller Ebene für eine marktorientierte Öffnung des Rundfunks ein, also für eine Zulassung von werbe-

finanzierten Privatstationen. Damit schaltete sich der Verein in die medienpolitische Diskussion ein, die sich Anfang der 1980er Jahre um eine grosse Frage drehte: Kommerz auf Megahertz – ja oder nein?

Aus Sorge um die Presse hatte ein kommerzieller, werbefinanzierter Rundfunk lange als undenkbar gegolten: Was, wenn zu viele Werbegelder ans Radio abwanderten? Im Herbst 1979 aber war Roger Schawinski auf den Plan getreten und hatte neuen Schwung in die Werbefrage gebracht. Als er mit seinem Radio 24 auf Sendung ging, das als kommerzieller Sender saftige Werbeeinnahmen einstrich, drohten die Zürcher Grossverlage damit, ebenfalls eigene Radioprojekte aufzubauen.

In bürgerlichen Kreisen begann man sich nun für eine beschränkte Radiowerbung auszusprechen, die Linke hielt weiterhin dagegen. Es war eine Grundsatzfrage, über die man hier diskutierte. UKW, stellten die Medienjournalisten Jürg Frischknecht und Walo von Büren damals fest, sei zu einem «medienpolitischen Experimentierfeld» geworden, auf dem stellvertretend

für technische Neuerungen wie Bildschirmtext, Kabel- oder Satellitenrundfunk ausgehandelt wurde, «wie viel die private Wirtschaft und wie viel der Staat zu sagen haben sollen».

Free Radio Switzerland setzte sich für eine kostendeckende Werbung ein. Das sollte, wie es in der Vereinszeitschrift heisst, «verhindern, dass aus dem Monopol der SRG ein Oligopol der wenigen» würde – nämlich jener, die über die nötige Finanzkraft verfügten. Ein werbefreies Lokalradio neben den SRG-Programmen verurteilte der Verein als «Scheinlösung». Gleichzeitig sprach er sich für eine Deregulierung aus: Bis auf ein Rahmengesetz sollten den zukünftigen Privatsendern keine Vorschriften gemacht werden. Die Sendervielfalt werde sich durch das «Leistungsprinzip» selbst regulieren.

Laut Free Radio Switzerland sollte also nicht der Staat, sondern der Markt die Vielfalt im Rundfunkwesen garantieren. Diese Ansicht war mit einer grundlegend staatskritischen Haltung verbunden, die wesentlich mit den Aktivitäten der PTT zusammenhing. Wie die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz hatten nämlich auch die Mitglieder des Vereins mit der Behörde zu kämpfen. In der Vereinszeitschrift ist von «Ostblockmethoden» die Rede: Insbesondere dass die PTT als staatliche Behörde die Signale der Piratensender mit Störsignalen überlagerten, verurteilte Free Radio Switzerland als «antidemokratisch». Manche Musikpiraten verunglimpften die PTT als «Staat im Staat» und die öffentlichrechtliche SRG als «Staatsradio». Auch der damalige Vereinspräsident von Free Radio Switzerland sagt heute, seine Erfahrungen mit den PTT hätten seinen Blick auf den Staat verändert. Dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat», mit dem die FDP neuerdings zu den Wahlen antrat, habe er sich «vollumfänglich» angeschlossen, und obschon er zunächst unpolitisch gewesen sei, habe er sich in der Folge «ziemlich stark der FDP zugewendet».

So zeigt sich an der Radiopiraterie eine merkwürdige Überschneidung; der Historiker Jakob Tanner bezeichnete sie rückblickend als «grenzüberschreitende Liberalisierungsmaxime». Um 1980, stellt er in seiner *Geschichte der Schweiz*

fest, seien die «markantesten Absagen an den Staat» von zwei «gegenüberliegenden Polen» gekommen: auf der einen Seite von den Liberalen, idealtypisch repräsentiert durch den Wahlslogan der FDP – auf der anderen Seite von der Jugendbewegung, deren Leitspruch auch in der letzten erhaltenen Sendung der Schwarzen Chatz zu hören ist: «Mached us em Staat Gurkesalat!»

Free Radio Switzerland scheiterte schliesslich an seinem Vorhaben. Weil sich die meisten seiner Mitglieder mehr für das Katz-und-Maus-Spiel mit den PTT interessierten als für konkrete medienpolitische Arbeit, löste sich der Verein 1982 auf. Im selben Jahr erliess der Bund die sogenannte Rundfunkversuchsverordnung (RVO). Sie ersetzte per 1. November 1983 die Kabelrundfunkverordnung von 1977 und öffnete den Rundfunk für private Stationen. In kurzer Zeit gingen 269 Konzessionsgesuche ein. In der Stadt Zürich erhielten drei private Lokalradios eine Sendebewilligung: Schawinskis Radio 24, das Verleger-radio Z, das heute Energy heisst, und Radio LoRa, das aus dem Alternativen Lokalradio (ALR) hervorgegangen war.

Als sich die Öffnung des Rundfunks abzeichnete, brachten Peter und andere ehemalige Piratinnen und Piraten von Radio Schwarzi Chatz ihr Praxiswissen beim Aufbau von Radio LoRa ein. Abgesehen von Gruppierungen wie dem ALR waren es aber vor allem bürgerliche Kräfte, die sich in die Ausgestaltung der Schweizer Rundfunklandschaft einbrachten. Im Kanton Baselnd beispielsweise erhielt mit dem Piratensender Andromeda ein ehemaliges Free-Radio-Schweizerland-Mitglied dank tatkräftiger Unterstützung der FDP als Radio Raurach eine Konzession. Die Linksparteien wehrten sich angesichts der in der RVO festgeschriebenen Werbeerlaubnis bis zuletzt gegen eine Öffnung des Rundfunks und verschliefen so die Chance, Einfluss auf die Neugestaltung des Radiowesens zu nehmen. Mit Ausnahmen wie Radio LoRa, das als werbefreies, offen zugängliches Gemeinschaftsradio noch immer ein diverses Programm in die Region Zürich sendet, setzten sich in den Jahren nach der Öffnung deshalb mehrheitlich kommerzielle Interessen durch.

Die Kritik am Rundfunkmonopol von PTT und SRG und die daraus folgende Öffnung des Rundfunks lassen sich in eine umfassendere Liberalisierungstendenz einordnen. Sie wirkte sich auch auf andere staatliche Monopole aus: In den späten 1970er Jahren kam das bislang wenig hinterfragte Konzept des Service public unter Reformdruck. Der öffentliche Sektor geriet zunehmend in die Defensive. Gleichzeitig wurden Forderungen nach Liberalisierung und Deregulierung immer lauter – das stellen die Historikerin Gisela Hürlimann und der Historiker Philipp Ischer fest, die die Kritik an den staatlichen Monopolbetrieben SBB und PTT in einem Aufsatz mit dem Titel *Kontinuität im Wandel* untersucht haben. Es habe eine Verschiebung stattgefunden: Lange Zeit sei es in der föderalen Schweiz beim Service public darum gegangen, einen sozialen und territorialen Zusammenhalt zu schaffen. Ab den späten 1970er Jahren sei stattdessen das Individuum mit seinen «Bedürfnissen als Kundin oder Kunde» in den Vordergrund gerückt.

Wer heute, fast 45 Jahre nach der Sechsläuten-Sendung der Schwarzen Chatz, vor dem Radio sitzt und sich durch die Frequenzen wählt, hört die Auswirkungen dieser Verschiebung. Die Individualisierung, die Hürlimann und Ischer beschreiben, ging mit einer Entpolitisierung einher: Heute dominieren Hits und Soft-News die Radiolandschaft. Die Radiopiratinnen und -piraten waren dagegen auf eine Demokratisierung des Kulturverständnisses aus gewesen und hatten ein vielgestaltiges Phänomen geschaffen. Diese kreative Energie ging im Lauf der 1980er und 1990er Jahre mehrheitlich verloren – die Kommerzialisierung des Rundfunks brachte eine neue akustische Monokultur hervor.

Das beklagte auch Bundesrat Moritz Leuenberger, damals Infrastrukturminister, als er am Radio Day 2008 vor der versammelten Schweizer Radiobranche eine Ansprache hielt. Leuenberger war damals gerade im Begriff, die Konzessionen zu verteilen, die bis heute gelten. «Ich wünsche mir», schloss er seine Rede mit wehmütiger Nostalgie, «den frischen, flexiblen und frechen Geist der Piratenzeit zurück.» |G|



Anne-Christine Schindler, Jahrgang 1994, hat an der Universität Zürich Zeitgeschichte und Kulturanalyse studiert. Sie arbeitet im Ausstellungswesen und als Journalistin. Dieser Beitrag basiert auf ihrer Masterarbeit *Zürcher Radiopirat:innen zwischen Medien- und Kulturpolitik, 1976–1983. Eine Soundgeschichte* (Universität Zürich 2022).



Weiterführende Literatur

- Sascha Deboni: «Räuber und Polizei». Die PTT und die Radiopiraterie, in: Blog des Museums für Kommunikation, November 2021.
- Jürg Frischknecht und Walo von Büren: Kommerz auf Megahertz? Dossier Radioszene Schweiz. Basel 1980.
- Gisela Hürlimann und Philipp Ischer: Kontinuität im Wandel, in: Hans-Jörg Gilomen u. a. (Hg.): Dienstleistungen. Zürich 2007, S. 229–247.
- Hanspeter Kriesi: Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge. Frankfurt am Main und New York 1984.
- Rudolf Müller: Radiopiraten und Wellenhexen, in: *Memoriav-Bulletin* 13 (2006), S. 18–21.
- Adrian Scherrer: Überlieferungsbildung in der Grauzone. Die Bedeutung der Kontextualisierung audiovisueller Dokumente am Beispiel der Piratenradios. Masterarbeit, Universität Bern 2014.
- Thomas Schneider: Vom SRG-«Monopol» zum marktorientierten Rundfunk, in: Theo Mäusli und Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Baden 2006, S. 83–128.